

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/77

22. April 1977

Der militante Eifer der Union

CDU/CSU will Menschenrechte zur innenpolitischen Waffe
entwickeln

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Außenpolitik der SPD-Bundes-
tagsfraktion und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 / 30 Zeilen

Die CDU ist verbraucht

Mit Wirtschaft und Bürokratie verfilzt

Von Friedel Läßle MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD-Saar

Seite 2 und 3 / 73 Zeilen

BIG-Boss Gerisch und das "politische Schmiergeld"

Konzern-Herr und CDU-Parlamentarier seit langem im Ge-
rede

Von Werner Bolz
Sprecher der SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen
Landtag

Seite 4 und 5 / 67 Zeilen

Carstens sprach am Thema vorbei

Erstaunen über das Auftreten des Bundestagspräsidenten
vor den Kommandeuren

Seite 6 / 44 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heuseillon 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 31 80 35 35
Telex: 08 50 646-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Der militante Eifer der Union

CDU/DSU will Menschenrechte zur innenpolitischen Waffe entwickeln

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Wenn die in der gestrigen "Welt" verbreitete Information stimmt, daß die Opposition beabsichtigt, eine Dokumentation über Menschenrechtsverletzungen der DDR sogar notfalls über eine Regierung des westlichen Auslandes in die Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz bringen zu lassen, so wäre dies ein außergewöhnlicher Vorgang:

Einmal haben die Außenminister der EG einmütig erklärt, daß sie in Belgrad eine nüchterne Bilanz anstreben und daß das Interesse des Ostens am multilateralen Entspannungsprozeß aufrechterhalten werden müsse. Zum anderen würde ein Versuch der Opposition, sich Regierungsfunktionen anzumaßen, in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmalig sein. Es ist das Recht, ja die Pflicht der Opposition, die Regierung zu kontrollieren. Aber es würde von einem mangelnden Demokratieverständnis zeugen, wenn die Opposition versuchen würde, Vorschläge, für die sie im eigenen Land keine parlamentarische Mehrheit gefunden hat, über die Regierung eines anderen Landes auf eine internationale Konferenz zu lancieren. Derartige Absichten sind nur durch den militanten Eifer erklärbar, mit dem die Menschenrechtskampagne zur innenpolitischen Schlagwaffe entwickelt werden soll.

Die deutsche Sozialdemokratie braucht in Sachen Menschenrechte nicht belehrt zu werden. Das Einstehen für Menschenrechte - überall da, wo sie bedroht sind - gehört zu ihrer über 100jährigen Tradition. Wer dagegen versucht, die Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz zu einem Anklageforum umzufunktionieren, der strebt nicht eine verbesserte Zusammenarbeit europäischer Staaten, sondern eine Rückkehr zur Konfrontation des Kalten Krieges an. Das Ergebnis für die Menschen im kommunistischen Machtbereich wäre mit Sicherheit nicht ein Mehr sondern ein Weniger an Freiheit, z.B. nicht größere, sondern geringere Durchlässigkeit der Grenzen.

Die Art und Weise, wie über die Menschenrechte gesprochen wird, wird mitentscheidend dafür sein, ob der Entspannungsprozeß stabilisiert und weiterentwickelt werden kann.
(-/22.4.1977/vp/ja)

+ + +

Die CDU ist verbraucht

Mit Wirtschaft und Bürokratie verfilzt

Von Friedel Läßle MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD-Saar

Am Wochenende veranstaltet die saarländische CDU ihren ordentlichen Landesparteitag. Normalerweise wäre dies ein Anlaß, aufmerksam zu beobachten, welche Weichen dabei für unser Land neu gestellt werden. Die Erwartungen müßten diesmal eigentlich noch höher sein, da das Saarland mit der CDU/FDP-Koalition nach Jahren der Stagnation endlich wieder über eine Regierung verfügt, die von einer parlamentarischen Mehrheit getragen wird. Wenn dennoch kaum jemand Notiz von diesem bevorstehenden Parteitag nimmt, wohl aber vom Gastspiel des 1. FC Saarbrücken beim Karlsruher SC, ist dies Ausdruck einer vorherrschenden Stimmungslage der saarländischen Bevölkerung. Von der CDU weiß man, daß sie verbraucht ist. Die FDP indessen hat sich gleich zu Beginn ihrer Regierungsbeteiligung bereits so bloß gestellt, daß es beschämend ist. So offenbarte der neue Wirtschaftsminister Klumpp am Tage seiner Amtsübernahme einem erstaunten Fernsehpublikum, Wirtschaftspolitik könne vom Saarland her überhaupt nicht betrieben werden, und wenn er 1980 nichts erreicht habe, werde er den saarländischen Wählern eben mitteilen, daß nicht mehr drin war. Wenn dem so ist, wozu bezahlt der saarländische Steuerzahler dann eigentlich einen Wirtschaftsminister? Bei einer solchen Einstellung muß die Zukunft unseres Landes zwangsläufig hoffnungslos bleiben.

Uns Sozialdemokraten kommt deshalb in noch stärkerem Maße die Verantwortung zu, im Interesse des Landes mit allen Kräften die Ablösung dieser Regierung, vor allem aber der verbrauchten CDU zu betreiben. Dem Wähler muß verdeutlicht werden, welche verhängnisvollen, nur schwer zu reparierenden Fehler von der allzulange regierenden, mit Wirtschaft und Bürokratie verfilzten CDU begangen wurden.

7,2 Prozent Arbeitslose im Landesdurchschnitt, eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt doppelt so hohe Jugendarbeitslosigkeit, noch ein weit unter dem Bundesdurchschnitt liegendes Einkommen der Arbeitnehmer sowie eine an-

haltend negative Wanderungsbilanz gehen ausschließlich auf das Konto einer verfehlten Politik.

Seit Anfang der sechziger Jahre fordern Sozialdemokraten die zukunftsorientierte Umstrukturierung der Saarwirtschaft. Mitte bis Ende der sechziger Jahre war sie auch noch möglich, wurde von der CDU-Interessenvertretung der Großindustrie jedoch immer wieder verhindert: Ansiedlungswillige Betriebe hielt man mit allen Mitteln fern, damit die Konkurrenz um Arbeitnehmer vermieden wurde - eine Konkurrenz, die Arbeitnehmereinkommen unmittelbar günstig beeinflusst hätte.

Jahrelange geringe Einkommen der Arbeitnehmer sind von der verfilzten, wirtschaftsorientierten CDU direkt zu verantworten.

Der damalige Wirtschaftsminister Huthmacher schrieb 1964 in der Silvesterausgabe der Saarbrücker Landeszeitung zur verhinderten Ansiedlung der Opel-Werke im östlichen Saarland: "Ich habe auch den Mut zu sagen, daß ich eine solche Niederlassung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht einmal für wünschenswert angesehen hätte." Und sogar in der Regierungserklärung des noch amtierenden Ministerpräsidenten vom 19. Juli 1965 ist nachzulesen: "Man muß die Frage der Schaffung neuer Arbeitsplätze allerdings auch unter Berücksichtigung bereits vorhandener Unternehmen sehen. Ein mörderischer Kampf zwischen bestehenden und neuen Betrieben um die einzelnen im Arbeitsprozeß befindlichen Personen dient weder den einzelnen Unternehmen noch der Gesamtwirtschaft."

Entsprechend handelte die CDU auch. Neue Betriebe wurden damals nicht angesiedelt. Die konsequente Einhaltung einer Politik, die schon 1961 für das Land schicksalhaft falsch war. Denn vor der Bundestagswahl dieses Jahres kam der damalige Bundeskanzler Adenauer zu einer Wahlveranstaltung an die Saar. Im Reisegepäck hatte er die Zusage der Kanalisierung der Saar zur Mosel. Doch die saarländische Industrie bekam Wind von dieser Absicht. Räder wurde um ein dringendes Gespräch zusammen mit Adenauer gebeten. Das Gespräch fand in der Staatskanzlei statt - mit dem Ergebnis, daß die Saarkanalisation abgelehnt wurde. Als ich dies dem Ministerpräsidenten 1973 erstmals öffentlich vorhielt, war seine Entgegnung, daß nicht er als Ministerpräsident, sondern die Vertreter der Wirtschaft die Kanalisierung der Saar damals abgelehnt hätten. Ein schlimmeres Eingeständnis der Verfilzung, der Tatsache, wer im Saarland Wirtschaftspolitik betreibt, ist kaum vorstellbar. Zum Schaden der Arbeitnehmer, zum Schaden unseres Landes.

Eine bereits heute kanalisierte Saar, Neuansiedlungen zur rechten Zeit - nicht wie sie dann Ende der sechziger Jahre als verlängerte Werkbänke und Zweigniederlassungen erfolgten - würden unser Land heute in einer weitaus günstigeren Situation sehen. Die wirtschaftspolitische Vereinbarung der neuen CDU/FDP-Regierung bringt keinen Hoffnungssehimmer. Neu war sie auch nicht. Bereits vorher konnte man sie fast wörtlich nachlesen im Geschäftsbericht der Industrie- und Handelskammer.

Ohne Prophet zu sein, kann man daher auch vom bevorstehenden CDU-Landesparteitag jetzt schon sagen, daß er leider nichts bringen wird, was den Arbeitnehmern unseres Landes nützen könnte.

(-/22.4.1977/vo-he/lb)

+ + +

BIG-Boss Gerisch und das "politische Schmiergeld"

Konzern-Herr und CDU-Parlamentarier seit langem im Gerede

Von Werner Boldt

Sprecher der SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag

Kurz vor Ostern legte die WDR-Sendung "Monitor" der schleswig-holsteinischen Landespolitik ein Ei, an dem es noch viel zu klopfen geben wird: Aus einem Ermittlungsverfahren der Kieler Staatsanwaltschaft, so "Monitor", ergebe sich, daß der schleswig-holsteinische CDU-Landtagsabgeordnete Herbert Gerisch, 55, von einem Berliner Kaufmann für die Beeinflussung der Landespolitik im nördlichsten Bundesland auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung Geld erhalten hat. Es soll sich um rund 1 Million DM handeln, die als "politisches Schmiergeld" geflossen sind.

Dementiert wurde die Behauptung im Kern nicht, CDU-Landesregierung und der BIG-Boss - so wird der CDU-Abgeordnete als Leiter seines BIG-Baukonzerns genannt - übten sich vielmehr in Wortklauberei. Der Begriff "politisches Schmiergeld" stünde nicht in den amtlichen Akten. Und überhaupt sei das "Schnee von gestern" (Gerisch). Nun ist bei uns bekanntlich das sogenannte "Schmiergeld" von Politikern nicht strafbar. Für das Ansehen eines Parlaments und zur Erhellung dieser besonderen Variante von CDU-Politik in Schleswig-Holstein ist es dennoch sicher richtig zu erfahren, was hier tatsächlich vorgefallen ist. Vor allem deshalb hat die SPD in dieser Woche einen Untersuchungsausschuß "Über die Beeinflussung der Landespolitik durch geschäftliche Interessen des CDU-Abgeordneten Gerisch und/oder von Firmen des BIG-Konzerns" beantragt. Der Ausschuß wird in der Landtagsitzung Anfang Mai beschlossen werden. Wahrscheinlich werden alle Parteien des Landtages zustimmen.

Der Untersuchungsausschuß Gerisch kommt nicht aus heilerem Himmel. Seit rund zwei Jahren schon war der Konzern-Herr immer wieder ins Gerede geraten. Erst im Januar dieses Jahres war bekannt geworden, daß der CDU-Bürgermeister der Stadt Glücksburg bei Flensburg schon 1972 seinem Magistrat ein kritisches Gutachten des Landesrechnungshofes über die Arbeit der heutigen BIG-Gewerbebau unterschlagen hatte. Darin ging es um gravierende Vorwürfe im Zusammenhang mit einem Schwimmhallenbau. Die Unterschlagung war offensichtlich kein Zufall: Der CDU-Bürgermeister war zugleich stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender eines Glücksburger Hotels, das zu einer mit Gerisch und dem BIG-Konzern eng liierten Hotelkette gehört. Auch daß der Landesregierung in Kiel dieser Vorgang verborgen bleiben konnte, ist rätselhaft. Immerhin war der heutige Finanzminister und damalige Landrat des Kreises Flensburg-Land, zu dem Glücksburg gehört, als Aufsichtsratsvor-

sitzender der BIG-Kommunalbau mit den Problemen des Konzerns bestens vertraut, darf man vermuten.

Einige Monate zuvor hatte das Regionalfernsehen aufgedeckt, daß der BIG-Konzern den ganz besonderen Schutz der schleswig-holsteinischen Landesbank und der Landesregierung besaß. BIG-Baß Gerisch hatte die BIG-Gewerbebau fast in die Pleite geführt. Ein Sanierungskonzept, das durch die Landesbank wiederum mit Hilfe eines Konzepts der Landesregierung zustande kam, half Gerisch aus dem Gröbsten.

Wieder einige Monate davor wurde durch eine Zeitung bekannt, daß Gerisch als Direktor der BIG-Kommunalbau einen Exklusivvertrag über die Zusammenarbeit im Schulbau in Schleswig-Holstein geschlossen hatte. Dagegen hätte man eigentlich nichts einwenden können, wenn der Geschäftspartner, die Architekten Braun und Säckl, nicht auch bald darauf zum Rationalisierungsberater der Landesregierung im Schulbau avanciert wären. Sie wickelten als Betreuer des Schulbau-Sonderprogramms Millionen ab.

Die jahrelange Verquickung von Geschäft und Politik zwischen der schleswig-holsteinischen Landesregierung und dem BIG-Baukonzern ist damit tatsächlich nur exemplarisch beschrieben. Es wird die Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein, Licht in dieses verfilzte Dunkel zu bringen. Zwei weitere derartige Ausschüsse beschäftigen in Schleswig-Holstein bereits das Parlament und die Öffentlichkeit. Bei dem einen geht es um ähnliche Verquickungsprobleme zwischen der Landesregierung und einer großen Apotheke, die ein Belieferungsmonopol für die Universität hatte. Bei dem zweiten geht es um zweifelhafte Hintergründe bei der Entlassung des Chefs des Verfassungsschutzamtes im vergangenen Herbst. Bei dem dritten, dem Gerisch-Ausschuß, geht es offenbar um mehr.

Das Regionalfernsehen formulierte es im Herbst vergangenen Jahres so: "Und weil Herbert Gerisch der 37. Mann in der CDU-Fraktion ist, also letztlich auch die eine Stimme Mehrheit, muß man ihn schätzen, drum muß der Finanzminister Gelder fließen lassen, das Kabinett ihn stützen und der Innenminister gegen seinen Willen Fehlspekulationen als städtebauliche Akzente verkaufen."
(-/22.4.1977/va-ha/1a)

+ + +

Carstens sprach am Thema vorbei

Erstaunen über das Auftreten des Bundestagspräsidenten vor den Kommandeuren

Das Referat des Bundestagspräsidenten Professor Dr. Karl Carstens ist von der Sache her leider nicht zu einem der zentralen Punkte der 21. Kommandeurstagung der Bundeswehr in Sindelfingen bei Stuttgart geworden. Dem Generalinspekteur, General Harald Wust, war es gelungen, die rund 300 Admirale und Generale mit einer herausragenden Auswahl von sehr prominenten Sprechern der beiden großen gesellschaftlichen Gruppierungen, der Wissenschaft, der Diplomatie und der NATO zu konfrontieren, um eine Standortbestimmung der Streitkräfte von außen vorzunehmen. Allein die Begegnung der Offiziere mit dem DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter, in der 20jährigen Geschichte der Bundeswehr die erste auf dieser Ebene, war ein hochpolitisches Ereignis, das seine positiven Auswirkungen haben wird. Die Kontakte Gewerkschaften-Streitkräfte sollen nach dem Willen beider Seiten weiter betrieben und intensiviert werden.

Dem Carstens-Referat zu dem gewichtigen Thema "Die Bundeswehr aus der Sicht des Parlaments" war begrifflicherweise großes Interesse entgegengebracht worden. Die Kommandeure konnten erwarten, daß der Präsident des Bundestages, dessen Abgeordnete ein ganz entscheidendes Wort in Verteidigungs- und Bundeswehrfragen insgesamt und im Einzelbereich zu sagen haben, sie in fachlich objektiver Weise informieren und sie so in die Lage versetzen würde, aus erster Hand die Meinung des Bonner Parlaments zu aktuellen Problemen zu hören. Aber auch nach dem Urteil des konservativen Flügels der Generalität hat der Bundestagspräsident an seinem Thema vorbeigeredet, um dieses Urteil ganz vorsichtig zu charakterisieren.

Der CDU-Politiker Carstens, der jahrelang als Staatssekretär auf der Hardthöhe gewirkt hat, verlor sich zunächst in einer überlangen Einleitung in der Aufzählung der geschichtlichen Daten der Entwicklung der Bundeswehr, verbunden mit einer nuancierten Darstellung der Positionen der Parteien. Aber auch sonst ließ er keine Gelegenheit aus, um die Meinung der Opposition pointiert herauszustellen, wobei er etwa die politische Ansicht, daß die intensiven Bemühungen des Westens, über die Entspannungspolitik zur Sicherung des Friedens beitragen zu können, als unbewiesene Behauptung abtat, die sogar zunehmend fragwürdiger geworden sei.

Die mit Kopfschütteln begleitete Peinlichkeit wurde zum Eklat, als der Bundestagspräsident den Fall des Generals Wagemann benutzte, um vom Katheder aus den Bundesverteidigungsminister und den Generalinspekteur dafür zu rügen, daß sie angeblich ihre Pflicht, einen angegriffenen Soldaten zu "decken", nicht erfüllt hätten. Dieses unzulässige Eingreifen in ein laufendes Verfahren - der General hat ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt - wurde von den Kommandeuren insgesamt als höchst deplaziert beurteilt, auch wenn Prof. Carstens sich hinter "sein Verständnis" zurückzog, von dem aus er sich äußere. Gesprochen hat aber in seiner offiziellen Funktion der Bundestagspräsident, und sein Thema schriet ihm vor, "aus der Sicht des Parlaments" über die Bundeswehr zu sprechen. Diese Aufgabe hat er nicht erfüllt.

Erhardt Eckert
(-/22.4.1977/kr/uen)